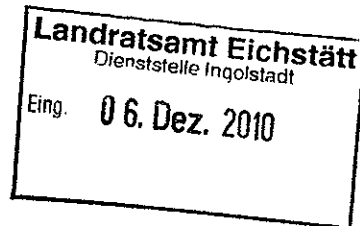


22 Js 10156/07

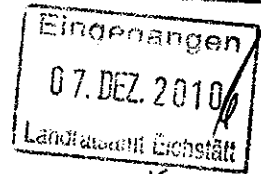
Bei Rückfragen und Schriftverkehr bitte obiges Aktenzeichen unbedingt angeben

Staatsanwaltschaft Ingolstadt, Auf der Schanz 37, 85049 Ingolstadt

Vertraulich zu behandeln
Landratsamt Eichstätt -
Lebensmittelüberwachung -
Residenzplatz 2
85072 Eichstätt



Ingolstadt, 06.12.2010			
Veterinärwesen / LÜ			
T	K	WV	
13. Dez. 2010			
zur Erledigung:			
Rücksprache:			



Mitteilung nach Nr. 11 der Anordnung über Mitteilung in Strafsachen

Die Mitteilung darf nur im Rahmen der §§ 19 Abs.1, 18 Abs.1 Satz 2 EGGVG verwertet werden, es sei denn, dass eine Zweck ändernde Nutzung ausdrücklich gesetzlich vorgeschrieben ist. Der Zweck ergibt sich aus der angegebenen Bestimmung der MISTRA. Sind die übermittelten Daten im Sinne von § 19 Abs.2 Satz 1 EGGVG nicht erforderlich, ist nach § 19 Abs.2 Satz 2 EGGVG zu verfahren.

01 Belegart.....: E
02 Geburtsdatum.....: [REDACTED]
07 Geburtsname.....: [REDACTED]
09 Vorname.....: [REDACTED]
10 Geburtsort.....: [REDACTED]
11 Staatsangehörigkeit.....: Deutsch
14 Letzte bekannte Anschrift.....: [REDACTED]
17 Datum der ersten Entscheidung....: 12.10.2010
18 Aktenzeichen.....: 7 Ds 22 Js 10156/07
19 Kennzeichen der erkennenden Stelle: D5701
20 Erkennende Stelle in Langschrift.: AG Ingolstadt
21 Rechtskraftdatum.....: 18.10.2010
22 Datum der letzten Tat.....: 19.06.2007
26 Geldstrafe in Tagessätzen.....: 80
27 Höhe eines Tagessatzes.....: 40,00

2002: Tatbezeichnung:

Vorsätzlich ein Lebensmittel in den Verkehr gebracht zu haben, das für den Verzehr durch den Menschen ungeeignet ist

2013: Angewendete Vorschriften:

StGB § 53, § 55, LFGB § 59 Abs. 1 Nr. 7

2123: Einbezogene zentralregisterpflichtige Entscheidung:

13.09.2010, 7 Cs 22 Js 2792/07, D5701, AG Ingolstadt

9200: Mitteilungs-Nr. und Aktenzeichen des im ZStV zu löschenden Verfahrens

1000790311+ 22 Js 10156/07+

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass diese Mitteilung aus Rationalisierungsgründen nicht unterschrieben ist.
Plank, Justizangestellte

Ausfertigung

Amtsgericht Ingolstadt

Az.: 7 Ds 22 Js 10156/07

Rechtskräftig seit 18.10.10
Ingolstadt, den 21. OKT. 2010
Der Urkundsbeamte der
Geschäftsstelle des Amtsgerichts:



IM NAMEN DES VOLKES

Urteil

des Amtsgerichts Ingolstadt

In dem Strafverfahren gegen

1) [REDACTED]
[REDACTED] verheiratet, Beruf: Braumeister, Staatsangehörigkeit:
deutsch, wohnhaft: [REDACTED]

2) [REDACTED]
geboren am [REDACTED], verheiratet, Beruf: Geschäftsführer, Staatsangehörig-
keit: deutsch, wohnhaft: [REDACTED]

Verteidiger:

Rechtsanwalt [REDACTED]

wegen gewerbsm. Inverkehrbringen von nachgemachten Lebensmitteln

aufgrund der Hauptverhandlung vom 14.07.2010, 02.08.2010, 23.08.2010, 13.09.2010,
01.10.2010 und 12.10.2010, an der teilgenommen haben:

Richter am Amtsgericht [REDACTED]
als Strafrichter

Staatsanwalt [REDACTED]
als Vertreter der Staatsanwaltschaft

Rechtsanwalt [REDACTED]
als Verteidiger zu 2)

Rechtsanwalt [REDACTED]
als Verteidiger zu 2)

Rechtsanwältin [REDACTED]
als Verteidigerin zu 1)

JAng. [REDACTED] und JAng. [REDACTED]
als Urkundsbeamtinnen der Geschäftsstelle

Der Angeklagte [REDACTED] ist schuldig, vorsätzlich entgegen § 11 I S. 1 LFGB ein Lebensmittel in den Verkehr gebracht zu haben.

Er wird unter Einbeziehung der Strafe aus dem Urteil des Amtsgerichts Ingolstadt vom 13.9.2010, Aktenzeichen: 22 Js 2792/07, zu einer Gesamtgeldstrafe von 80 Tagessätzen zu je 40,-- Euro verurteilt.

Der Angeklagte [REDACTED] ist schuldig, fahrlässig entgegen § 11 S. 1 LFGB ein Lebensmittel in den Verkehr gebracht zu haben.

Er wird zu einer Geldbuße von 10.000,-- Euro verurteilt.

Die Angeklagten tragen die Kosten des Verfahrens und ihr eigenen notwendigen Auslagen.

Angewendete Vorschriften:

bzgl. [REDACTED] §§ 59 Abs. 1 Nr. 7 LFGB, 53, 55 StGB

bzgl. [REDACTED] §§ 60 Abs. 1, Abs. 5, 59 Abs. 1 Nr. 7 LFGB

Gründe:

(abgekürzt gemäß § 267 Abs. 4 StPO)

Der Angeklagte [REDACTED] ist nicht vorbestraft.

Der Angeklagte [REDACTED] wurde durch inzwischen rechtskräftiges Urteil des Amtsgerichts Ingolstadt vom 13.9.2010 im Verfahren 7 Cs 22 Js 2792/07 wegen Verstosses gegen § 59 Abs. 1 Nr. 8 LFGB zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu je 40,-- Euro verurteilt (Tatzeit: 23.1.2007). Die Strafe ist noch nicht vollstreckt.

Im ersten Halbjahr 2007 fanden 2 Betriebskontrollen durch das Landratsamt Eichstätt bei der [REDACTED] GmbH in Eichstätt statt, deren Geschäftsführer der Angeklagte Emslander ist und deren verantwortlicher Braumeister bis Herbst 2007 der Angeklagte [REDACTED] war.

Mindestens im Zeitraum von Februar bis Juni 2007 wurde auf Veranlassung des Angeklagten [REDACTED] bei der Herstellung der untergährigen Biersorten [REDACTED] Hell, [REDACTED] Meistergold, [REDACTED] Privatpils, [REDACTED] Dunkel sowie [REDACTED] Alligator (dunkler Doppelbock), auch Weizenmalz verwendet, obwohl gemäß § 9 Abs. 1 vorläufiges Biergesetz zur Bereitung von untergährigem Bier nur Gerstenmalz, Hopfen, Hefe und Wasser verwendet werden dürfen.

Dies stellt eine Irreführung der Verbraucher gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 1 LFGB dar, da nach Verbrauchererwartung bei untergährigen Bieren nur Gerstenmalz, nicht aber Weizenmalz verwendet wird.

Der Angeklagte [REDACTED] als verantwortlicher Braumeister wußte aufgrund seiner fachlichen Kompetenz, welche Anforderungen an Bierprodukte zu stellen sind. Trotz seines Wissens und seiner Kenntnis handelte er nicht dementsprechend, sondern verwendete zur Zubereitung untergähriger Biersorten bewußt auch Weizenmalz.

Der Angeklagte [REDACTED], als Geschäftsführer der [REDACTED] wäre nach dem Ergebnis der durchgeführten Beweisaufnahme verpflichtet gewesen, die Tätigkeit des Angeklagten [REDACTED] von Zeit zu Zeit zu überwachen und zu kontrollieren. Bereits bei Einsicht in die Sudberichte und Sortenspezifikationen hätte er davon Kenntnis erlangt, daß sein verantwortlicher Braumeister untergährigen Bieren bewußt Weizenmalz zufügte.

Im Rahmen ihrer langjährigen Berufsausübung handelten beide Angeklagte auch gewerbsmäßig im Sinne des § 11 Abs. 1 LFGB.

Soweit den beiden Angeklagten tateinheitlich hierzu zur Last lag, bei den Biersorten [REDACTED] und [REDACTED] die Verwendung von Röstmalz nicht ausreichend auf den Etiketten kenntlich gemacht zu haben, konnte ein schuldhafter Verstoß nicht festgestellt werden, da zum einen die Verwendung von Röstmalz im sogenannten Fließtext auf dem Etikett angesprochen war und zudem offenbar auch keine einheitliche Verkehrsauffassung dahin existierte, wie dunkle Biere zu kennzeichnen sind, die unter Verwendung von Röstmalz, Röstmalzbier, Farbmalz oder Farbebier hergestellt werden.

Der Angeklagte [REDACTED] hat sich somit schuldig gemacht, vorsätzlich entgegen § 11 Abs. 1 Satz 1 LFGB ein Lebensmittel in den Verkehr gebracht zu haben, § 59 Abs. 1 Nr. 7 LFGB.

Aufgrund der gesamten Tatumstände erschien hier eine Geldstrafe von 40 Tagessätzen schuld- und tatangemessen. Gemäß §§ 55, 53 StGB war die Strafe aus dem Urteil des Amtsgerichts Ingolstadt vom 13.9.2010 (Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu je 40,-- Euro) einzubeziehen. Unter nochmaliger Abwägung aller Umstände konnten die beiden Einzelstrafen auf eine Gesamtgeldstrafe von 80 Tagessätzen zurückgeführt werden. Aufgrund der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Angeklagten [REDACTED] war die Tagessatzhöhe auf 40,-- Euro festzusetzen.

Da dem Angeklagten [REDACTED] nur ein Fahrlässigkeitsvorwurf gemacht werden konnte, hat er sich einer Ordnungswidrigkeit gemäß § 60 Abs. 1 in Verbindung mit § 59 Abs. 1 Nr. 7 LFGB schuldig gemacht. Ausgehend vom Bußgeldrahmen des § 60 Abs. 5 LFGB erschien aufgrund der gesamten Umstände eine Geldbuße von 10.000,-- Euro erforderlich, aber auch ausreichend.

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 464, 465 Abs. 1 StPO.

gez.

[REDACTED]
Richter am Amtsgericht



Für den Gleichlaut der Ausfertigung mit
der Urschrift

Ingolstadt, 20.10.2010

 J. Ang
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle